

Medienmitteilung vom 15. Januar 2014

Grüne prüfen juristisches Vorgehen gegen Abbau bei Prämienverbilligungen Stopp dem Abbau bei den Krankenkassen-Prämienverbilligungen

Die Grünen Kanton Bern prüfen ein juristisches Vorgehen gegen den Abbau bei den Krankenkassen-Prämienverbilligungen. Im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung hatte der Grosse Rat einen drastischen Abbau bei den Prämienverbilligungen beschlossen. Die Umsetzung der Massnahme führt dazu, dass der Kanton Bern unter die gesetzliche Mindestbezugsquote von 25 Prozent fällt. Die Grünen haben deshalb einen Aufruf an betroffene Personen lanciert, sich bei den Grünen zu melden, um Einsprachen gegen diese ungesetzliche Massnahme zu prüfen.

Aufgrund der Sparbeschlüsse des Grossen Rates verlieren im Kanton Bern ab Januar 2014 mindestens 40'000 Personen ihren Anspruch auf eine Verbilligung der Krankenkassenprämien. Für die Berechtigung werden die Einkommensgrenzen reduziert: Das bisher massgebliche Einkommen von max. Fr. 35'000 bzw. 38'000 für Familien wird auf max. 31'000 Franken gesenkt. Damit erhalten unzählige Personen auch bei gleichbleibenden finanziellen und familiären Verhältnissen 2014 keine Verbilligung mehr.

Gemäss dem geltenden Gesetz (Art.14 des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und Militärversicherung) haben Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere Familien, Anspruch auf Prämienverbilligungen. Gemäss dem Gesetz müssen mindestens 25 Prozent der Kantonsbevölkerung Prämienverbilligungen erhalten. Heute liegt die Bezugsquote bei 26 Prozent. Mit der Streichung der Prämienverbilligung für vorerst 40'000 Personen kann dieses Minimalziel nicht mehr erreicht werden. Der beschlossene Abbau ist somit gesetzeswidrig.

Die Grünen rufen deshalb alle betroffenen Personen auf, welche 2014 trotz gleich bleibenden Einkommens- und Vermögensverhältnissen keine Prämienverbilligung mehr erhalten, sich bei den Grünen zu melden, um gemeinsam mögliche Einsprachen gegen die gesetzeswidrige Einstellung der Prämienverbilligung zu prüfen und in erfolgsversprechenden Fällen einzureichen. Den entsprechenden Aufruf finden Sie in der Beilage.

Die Grünen hatten bereits letztes Jahr angekündigt, sich auf politischer Ebene gegen die unsoziale Sparmassnahme einzusetzen und ein Referendum gegen die absehbare Gesetzesänderung zu prüfen. Die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten werden von den Grünen unverändert weitergeführt.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Grossrat, Präsident Grüne Kanton Bern, 079 263 47 68
Natalie Imboden, Grossrätin, 079 706 62 84